

Inhalt

Vorwort der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen	11
Gutachten des Instituts für Europäische Politik in Bonn: „Die Landtage im Europäischen Integrationsprozeß nach Maastricht“	
Projektleiter: Dr. Wolfgang Wessels und Dr. Otto Schmuck Wissenschaftlicher Mitarbeiter: Franco Algieri	15
Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	17
1. Die Notwendigkeit eines gestärkten europapolitischen Engagements der Regionalparlamente	17
2. Szenarien und Optionen einer europapolitischen Rolle der Landtage/Regionalparlamente	22
3. Zur Reform der europapolitischen Arbeit des Landtages Nordrhein-Westfalen: 28 Vorschläge	23
3.1. Vorschläge zur internen Organisation der europapolitischen Arbeit	24
3.2. Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen zu anderen Organen und Gremien	24
Erster Teil: Situationsanalyse - die Länder im EG-System und das demokratische Defizit der Europäischen Gemeinschaft	31
1. Europapolitische Grundpositionen der Länder.	31
2. Die Länder im EG-System: Gegen eine „Abschottungsstrategie“	34
2.1. Die rechtliche Lage: Die Kompetenzen der EG und die gemeinschaftlichen Verfahren der Entscheidungs- findung und -umsetzung.	34
2.2. Die Entwicklung des EG-Systems: Auf dem Weg zur „doppelten Politikverflechtung“.	42
2.3. Die Interessenvertretung der EG-Länder auf der EG-Ebene	44
2.3.1. Gegen eine Erosion der Zuständigkeiten	44
2.3.2. Spezifische Verfahren der Länder zur Interessenvertretung.	46
3. Der Einfluß der Parlamente im EG-System: Das Demokratiedefizit in Europa.	47

3.1.	Befugnisse und institutionelle Stellung des Europäischen Parlaments.	48
3.2.	Nationale Parlamente	51
3.3.	Landtage und Regionalparlamente in den EG-Staaten.	54
4.	Szenarien und Strategieüberlegungen.	63
4.1.	Die Realisierung des Maastrichter Vertrags als Vor- aussetzung: Zum Stand der Ratifizierungsdebatte . . .	63
4.2.	Szenarien für die künftige Bedeutung der Regionen in der EG.	63
4.3.	Europapolitische Funktionen von Landtagen und Strategieüberlegungen.	68
Zweiter Teil: Untersuchungsfelder – was ändert sich durch Maastricht?		70
1.	Die Ergebnisse von Maastricht im Überblick	70
2.	Subsidiarität als Leitprinzip der Kompetenzzuordnung	71
3.	Analyse der Politikfelder des Vertrags über die Europäische Union: Veränderungen und Neuerungen gegenüber dem EWG-Vertrag	76
3.1.	Die Unionsbürgerschaft (Art. 8–8e).	76
3.2.	Wirtschafts- und Währungspolitik (Art. 102a–109) . . .	77
3.3.	Sozialvorschriften (Art. 117–122) und der Europäische Sozialfonds (Art. 123–125)	79
3.4.	Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend (Art. 126 u. 127)	80
3.5.	Beitrag der Gemeinschaft zur Entfaltung der Kulturen in den Mitgliedstaaten (Art. 128)	81
3.6.	Gesundheitswesen und Verbraucherschutz (Art. 129 u. 129a)	82
3.7.	Transeuropäische Netze (Art. 129b–d).	83
3.8.	Industrie (Art. 130)	84
3.9.	Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (Art. 130a–e)	84
3.10.	Forschung und technologische Entwicklung (Art. 130 f–p)	85
3.11.	Umwelt (130r–t)	86
3.12.	Entwicklungszusammenarbeit (Art. 130u–y)	88
3.13.	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (Art. K–K9)	88

4.	Institutionelle Veränderungen	89
4.1.	Zusammensetzung und Funktion des neuen Ausschusses der Regionen (Art. 198a-c).	90
4.2.	Das Ministerratsverfahren (Art. 146 EGV).	93
4.3.	Erklärung zur Konferenz der Parlamente („Assisen“)	94
5.	Finanzen und das Delors-II-Paket	95

**Dritter Teil: 28 Vorschläge für eine gestärkte europapolitische
Rolle der Landtage 97**

1.	Vorschläge zur Effektivierung der internen Arbeitsabläufe.	98
2.	Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen zu anderen Organen und Gremien	99
2.1.	Die Beziehungen zur Landesregierung	100
2.2.	Die Beziehungen zu anderen Landtagen/ Regionalparlamenten	101
2.3.	Die Beziehungen zur Bundesregierung	102
2.4.	Die Beziehungen zum Bundestag bzw. einzelnen Mitgliedern	103
2.5.	Die Beziehungen zum Bundesrat.	104
2.6.	Die Beziehungen zur EG-Kommission	104
2.7.	Die Beziehungen zum Ministerrat	105
2.8.	Die Beziehungen zum Europäische Parlament bzw. dessen Mitgliedern	106
2.9.	Die Beziehungen zum Ausschuß der Regionen	107
2.10.	Die Beziehungen zum Informationsbüro des Landes NRW und anderen Regionalbüros in Brüssel	108
2.11.	Die Beziehungen zur „Konferenz der Parlamente“.	108

Anhang

A.	Literaturhinweise.	110
B.	Übersicht über die mit Europafragen befaßten Ausschüsse und Arbeitsgremien der Landtage.	118
C.	Ausgewählte Dokumente zum Thema	123
1.	Auszug aus einer Rede von Kommissionspräsident J. Delors zum Subsidiaritätsprinzip	123
2.	EGV Art. 3 b/198a-c	128
3.	Entwurf für den geänderten Art. 23 des Grundgesetzes	130

4.	Brief von Ministerpräsident Dr. Johannes Rau an die Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zur Beteiligung des Landtags in EG-Angelegenheiten	132
5.	Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz am 14. Mai 1992 in Bonn	134
6.	Die Regionalstrukturen der EG-Mitgliedstaaten . . .	136
7.	Dr. Wessels (Direktor des Instituts für Europäische Politik) zum vorgelegten Gutachten	137

Dokumentation:

	Beschluß des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 8.11.1990 „Stärkung der Regionen in Europa“	140
	Düsseldorfer Europa-Erklärung vom 28.06.1991	143
	Beschluß des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 21.02.1992 „Zum Ergebnis des Europäischen Rates in Maastricht am 9./10. Dezember 1991“	146
	70. Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente am 11.05.1992 in Homburg, EntschlieÙung zu den Vereinbarungen von Maastricht . .	151
	Landtagsdebatte zur Regierungserklärung „Grundgesetz und Europa“ am 01.07.1992	157